

JAHRES-MEDIENKONFERENZ VOM 11. JANUAR 2022

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Der Impfstoff gegen die neoliberale Pandemie ist die direkte Demokratie

Der Kampf gegen die aktuelle Pandemie wird erhebliche soziale und wirtschaftliche Schäden hinterlassen. Anlässlich unserer Jahresmedienkonferenz können wir heute dazu eine Zusammenfassung geben. Die Krise hinterlässt beträchtliche Spuren: mit mehreren Dutzend Milliarden Franken wird die öffentliche Hand in der Kreide stehen. Die Frage, die sich jeder stellen sollte, ist, wer diesen Schuldenberg bezahlen wird.

Die Reichsten in diesem Land, die Grossaktionäre, die mächtigen Lobbys und ihre politischen Sprachrohre in Bern haben eine Antwort: Alle werden zahlen – ausser ihnen.

Naiv dachten einige, diese Krise werde unsere Gesellschaften solidarischer und verantwortungsbewusster machen. Der Begriff «Resilienz» war in aller Munde. Es war eine Illusion oder eine Lüge. Die Mächtigen wissen immer von einer guten Krise zu profitieren. Massenpaniken sind immer ein gefundenes Fressen für sie.

Genau wie 2008, als das Bankensystem gerettet werden musste, werden in der aktuellen Krise die alten neoliberalen Rezepte wieder aufgegriffen. Manche kleine Selbstständige im Gaststättengewerbe, in der Kultur, im Tourismus und im Sport haben all ihre Ersparnisse verloren. Hunderttausende Familien, die in Kurzarbeit gingen, haben während Monaten 20 Prozent ihres Einkommens verloren. Haben die bürgerlichen Parteien, als es um die grossen politischen Entscheidungen ging, sie auch nur mit einer einzigen Massnahme bedacht?

Nein. Sie haben in zwei Sessionen bereits eine halbe Milliarde Steuergeschenke pro Jahr an Aktionäre und Grossunternehmen verteilt, aber für Arbeitnehmende und Selbstständige ist nichts vorgesehen. Selbst die mageren Entschädigungen für coronabedingte Verluste werden nach unten korrigiert. Später werden die Haushalte mit normalem Einkommen die Rechnung für die Krise und die Steuergeschenke bezahlen dürfen, die für die nächsten Sessionen mit einer Summe von knapp drei Milliarden Franken pro Jahr geplant sind.

Im selben Halbjahr, in dem die bürgerliche Mehrheit beschloss, eine halbe Milliarde Geschenke an ihre Klientel zu verteilen, beschloss sie auch, jedes Jahr 800 Millionen von den AHV-Leistungen der Frauen durch die Erhöhung des Rentenalters abzuzweigen. So wird die Generationensolidarität, welche die jungen Grossmütter für die Kinder ihrer Kinder gewährleisteten, ein Jahr verlieren. Und die Rechnung dürfen die jungen Eltern bezahlen, die teure Betreuungsmöglichkeiten finden müssen, um Arbeit und Familienleben einigermassen unter einen Hut zu bringen.

Wie die meisten Menschen in unserem Land sind auch wir beim SGB vernünftige Menschen mit gesundem Menschenverstand. Unsere Aufgabe ist es, die Interessen der Arbeitnehmenden zu verteidigen, zu verhandeln und zu versuchen, in diesem Sinne gute Kompromisse zu finden. Aber angesichts dieses neuen Ausbruchs des neoliberalen Virus sehen wir nicht mehr, wie und mit wem wir Kompromisse schliessen können.

Um das Blatt zu wenden und der Schweizer Politik wieder einen Kompass zu geben, brauchen wir das Volk.

Deshalb:

- Ergreifen wir das Referendum gegen die Erhöhung des Rentenalters der Frauen und bekämpfen die Pläne, das Rentenalter für alle auf 66 Jahre und mehr zu erhöhen.
- Bekämpfen wir die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital, über die im kommenden Februar abgestimmt wird.
- Unterstützen wir das soeben lancierte Referendum gegen die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen.
- Werden wir eine Initiative lancieren, um einen Teil der nicht ausgeschütteten SNB-Gewinne in die AHV zu lenken.
- Werden wir im Parlament und vor dem Volk für die Initiative der SP kämpfen, welche die Krankenkassenprämien auf 10 Prozent des Einkommens begrenzen will.
- Bereiten wir unsere Kampagne für eine 13. AHV-Rente und gegen die ständige Erosion der Renten vor.

Der Kampf um die Krankenkassenprämien beginnt diesen Mittwoch in der Kommissionssitzung des Nationalrates. Ein ungenügender Gegenvorschlag liegt auf dem Tisch. Vielleicht wäre dies eine Gelegenheit für die Bürgerlichen, zu zeigen, dass sie endlich daran interessiert sind, die ungerechteste Steuer zu senken, die zugleich den Mittelstand am härtesten trifft. Denn am 13. Februar sagen wir auch darum Nein zum Steuergeschenk für Aktionäre, weil es momentan nur eine einzige Steuer gibt, die gesenkt werden muss, und zwar die Krankenkassenprämie.

2022 wird das Jahr der direkten Demokratie und der Mobilisierung sein. Das ist die einzig mögliche Antwort auf das, was sich vor uns abspielt. Wir werden gemeinsam mit den Menschen in unserem Land versuchen, den gesunden Menschenverstand im Parlament wiederherzustellen und die bürgerlichen Parteien dazu zu bringen, zu verhandeln und nach ausgewogenen Lösungen zu suchen.